

Schriftenreihe zur  
Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung

---

Band 72

# Die Einigungsstelle nach § 27a UWG

Rechtliche Regelung und tatsächliche Bedeutung

Von

Dr. Wolfgang Probandt



Duncker & Humblot · Berlin

**WOLFGANG PROBANDT**

**Die Einigungsstelle nach § 27a UWG**

**Schriftenreihe zur  
Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung**

**Begründet von Prof. Dr. Dr. h. c. Ernst E. Hirsch**

**Herausgegeben von Prof. Dr. Manfred Rehbinder**

**Band 72**

# **Die Einigungsstelle nach § 27a UWG**

**Rechtliche Regelung und tatsächliche Bedeutung**

**Von**

**Dr. Wolfgang Probandt**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Probandt, Wolfgang:**

Die Einigungsstelle nach § 27a UWG : rechtliche Regelung und tatsächliche Bedeutung / von Wolfgang Probandt. — Berlin :

Duncker und Humblot, 1993

(Schriftenreihe zur Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung ;  
Bd. 72)

Zugl.: Freiburg (Breisgau), Univ., Diss., 1992

ISBN 3-428-07615-X

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1993 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Satz und Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61

Printed in Germany

ISSN 0720-7514

ISBN 3-428-07615-X

# **Inhaltsverzeichnis**

## *Erster Teil*

### **Die historische Entwicklung der Stellen zur Schlichtung wettbewerbs-rechtlicher Streitigkeiten in der gewerblichen Wirtschaft**

<i>I. Die freiwilligen Einigungsämter vor 1932 .....</i>	11
<i>II. Die Einigungsämter nach der Novelle des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb von 1932 .....</i>	13
<i>III. Der Rechtszustand nach 1945 .....</i>	17
1. Die Rechtslage nach Auflösung der Gauwirtschaftskammern .....	17
2. Die Wiedererrichtung der Einigungsämter — als Einigungsstellen .....	17
3. Die Gesetzesänderungen nach 1956 .....	18
4. Die Rechtslage nach der UWG-Novelle vom 25. 7. 1986 .....	19

## *Zweiter Teil*

### **Die rechtliche Struktur der Einigungsstelle**

<i>I. Die Errichtung der Einigungsstelle .....</i>	21
<i>II. Das Wesen der Einigungsstelle .....</i>	22
<i>III. Die Aufsicht über die Einigungsstelle .....</i>	22
<i>IV. Die Aufgabe der Einigungsstelle .....</i>	22
1. Die Aufgabe in formeller Hinsicht .....	22
2. Die Aufgabe in materieller Hinsicht .....	23

*Dritter Teil***Das Verfahren vor der Einigungsstelle**

<i>I. Die Verfahrensvoraussetzungen</i> .....	24
1. Die formellen Voraussetzungen .....	24
a) Die Errichtung der Einigungsstelle .....	24
b) Die Bestellung der Mitglieder der Einigungsstelle .....	24
(1) Die Qualifikation der Mitglieder der Einigungsstelle .....	24
(2) Das Verfahren zur Bestellung der Mitglieder der Einigungsstelle .....	25
c) Die Zuständigkeit der Einigungsstelle .....	26
(1) Die funktionelle Zuständigkeit .....	26
(2) Die sachliche Zuständigkeit .....	26
(a) Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten .....	27
(b) Nach § 13 UWG .....	28
(c) Nach § 13 a UWG .....	30
(d) Nach den wettbewerbsrechtlichen Nebengesetzen .....	30
(e) Streitigkeiten aus dem Bereich des geschäftlichen Verkehrs mit dem letzten Verbraucher .....	31
(f) Folgen der Überschreitung der sachlichen Zuständigkeit .....	33
(3) Die örtliche Zuständigkeit .....	33
(a) Der Gerichtsstand des Tatortes .....	33
(b) Überschneidende Tätigkeit .....	34
2. Die materiellen Voraussetzungen des Einigungsstellenverfahrens .....	35
a) Antragstellung .....	35
b) Partei- und Prozeßfähigkeit der Parteien .....	36
c) Prozeßführungsbefugnis .....	37
d) Postulationsfähigkeit .....	37
<i>II. Die Durchführung des Verfahrens vor der Einigungsstelle</i> .....	39
1. Die Anwendbarkeit der ZPO auf das Verfahren vor der Einigungsstelle .....	39
2. Die Einleitung des Verfahrens .....	39
a) Die Wirkungen der Anhängigkeit des Verfahrens .....	40
b) Die Folgen der Rechtshängigkeit .....	41
3. Die Berufung der Einigungsstelle .....	41
a) Die Berufung der Beisitzer .....	41
b) Die Ablehnung von Mitgliedern der Einigungsstelle .....	42
4. Die Vorprüfung des Begehrens .....	43

5. Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung .....	45
a) Die Terminbestimmung .....	45
b) Die Ladung der Parteien .....	46
c) Die Anordnung des persönlichen Erscheinens .....	46
(1) Die Voraussetzungen .....	47
(2) Die zu beachtenden Förmlichkeiten .....	48
(3) Die Zwangsmittel .....	48
(4) Die Rechtsbehelfe .....	49
d) Die Ladung von Zeugen und Sachverständigen .....	50
6. Die mündliche Einigungsstellenverhandlung .....	51
a) Das Gebot der Nichtöffentlichkeit .....	51
b) Die Geheimhaltungspflicht .....	52
c) Die Verhandlungsleitung .....	52
d) Die Meinungsbildung innerhalb der Einigungsstelle .....	53
e) Das Verhandlungsprotokoll .....	54
7. Der begründete Einigungsvorschlag .....	55
8. Die Beendigung des Verfahrens .....	55
a) Die Verfahrensbeendigung durch Rücknahme des Antrags .....	56
b) Die Verfahrensbeendigung durch Vergleich .....	57
(1) Die Bindung der Einigungsstelle an den Vergleichswillen der Parteien .....	57
(2) Die Form des Vergleichsabschlusses .....	58
(3) Der Inhalt des Vergleichs .....	58
(4) Die Zwangsvollstreckung aus dem Vergleich .....	59
c) Die Verfahrensbeendigung ohne Einigung .....	60
9. Die Kosten des Verfahrens .....	61
a) Die Entstehung der Kosten .....	61
(1) Die Auslagen .....	61
(2) Die Nebenkosten des Verfahrens .....	61
b) Die Höhe der „außergerichtlichen“ Kosten .....	62
c) Verteilung der Kosten .....	62
d) Die Beitreibung der Verfahrenskosten .....	63
<i>III. Die Einigungsstelle als Schiedsgericht .....</i>	<i>64</i>
1. Die Zulässigkeit der schiedsgerichtlichen Tätigkeit .....	64
2. Die Form der Schiedsgerichtsvereinbarung .....	65
3. Die Durchführung des Schiedsgerichtsverfahrens .....	66



*Vierter Teil***Die Anrufung der Einigungsstelle im System der Gläubigerhandlungen  
zur Lösung wettbewerbsrechtlicher Konflikte**

<i>I. Die möglichen Gläubigerhandlungen .....</i>	67
1. Die Untätigkeit des Gläubigers und ihre Gründe .....	67
2. Die Aufnahme von Verhandlungen .....	69
3. Die Abmahnung .....	70
4. Der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung .....	71
5. Die Erhebung der Hauptklage .....	73
<i>II. Die Möglichkeiten zur Anrufung der Einigungsstelle .....</i>	74

*Fünfter Teil***Das Einigungsstellenverfahren in der Rechtswirklichkeit**

<i>I. Die Entwicklung der Einigungsstelle bis 1945 .....</i>	75
1. Die Anzahl der Einigungsämter .....	75
2. Die Anzahl der Einigungsstellenverfahren .....	76
3. Die Anerkennung durch die beteiligten Verkehrs- und Rechtskreise .....	78
<i>II. Untersuchung der Tätigkeit der Einigungsstelle nach 1945 .....</i>	80
1. Untersuchung der Tätigkeit .....	80
a) Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes und des Untersuchungs- zeitraums .....	81
b) Darstellung der Untersuchungsmethode .....	83
2. Durchführung der Untersuchung .....	83
3. Untersuchungsergebnisse .....	84
a) Die Anzahl der Einigungsstellen .....	84
b) Die Anzahl der Einigungsstellenverfahren .....	84
c) Die Verfahrensbeteiligten .....	87
(1) Antragsteller .....	87
(2) Antragsgegner .....	90
(3) Parteivertreter .....	92

(4) Mitglieder der Einigungsstelle .....	93
(a) Die Vorsitzenden .....	93
(b) Die Beisitzer .....	93
(c) Die Sachbearbeiter der Industrie- und Handelskammern .....	94
d) Streitgegenstand .....	94
e) Verfahrensergebnisse .....	96
(1) Einigungen .....	96
(a) Die Anzahl der Einigungen .....	96
(b) Der Inhalt der Einigungen .....	98
(2) Rücknahmen .....	99
(a) Die Anzahl der Rücknahmen .....	99
(b) Die Gründe für die Rücknahme der Anträge .....	100
(3) Gesamtbetrachtung der Einigungen und Rücknahmen .....	101
f) Die Beeinflussung der Erledigungsquote durch die Art der Verfahrens- leitung .....	101
(1) Die Bedeutung der Anordnung des persönlichen Erscheinens ....	101
(2) Die Bedeutung der Verhängung von Ordnungsstrafen .....	104
(3) Die Bedeutung der begründeten Einigungsvorschläge .....	106
g) Dauer des Verfahrens .....	108
h) Die Kosten des Verfahrens .....	108

## *Sechster Teil*

### **Untersuchung des Verfahrens vor der Einigungsstelle auf seine Bedeutung als Schlichtungsverfahren**

<i>I. Die Bedeutung des Einigungsstellenverfahrens .....</i>	110
1. Zahl der Einigungsstellen .....	110
2. Die Anzahl der Einigungsstellenverfahren .....	110
<i>II. Ansätze zur Begründung des Bedeutungsverlustes des Einigungsstellen-     verfahrens nach 1945 .....</i>	111
1. Die das Einigungsstellenverfahren begünstigenden Faktoren .....	111
a) Konfliktlage .....	112
b) Faktoren, die im allgemeinen das Entstehen von Schlichtungsstellen begünstigen .....	112
c) Die für das Einigungsstellenverfahren maßgeblichen Schlichtungs- faktoren .....	112
2. Veränderung dieser Faktoren .....	113
a) Abnahme der Schlichtungsbereitschaft .....	113
(1) Änderung der Konfliktlage .....	113
(2) Verringerung des Gruppenzwangs zur Herbeiführung einer Einigung .....	114

(3) Die Beeinflussung der Schlichtungsbereitschaft durch Nichtkäufer	114
(a) Die Zunahme der „Wettbewerbsvereine“ und ihr Einfluß auf die Schlichtungsbereitschaft	114
(b) Der Einfluß der anwaltlichen Vertretung auf die Schlichtungsbereitschaft	115
b) Alternativen	116
(1) Indirekte Konfliktbewältigung	116
(2) Abmahnung statt Anrufung der Einigungsstelle	117
(3) Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung	118
c) Eignung der Streitfälle zur Schlichtung	118
(1) Sachverhaltsproblematik	118
(2) Rechtsfindungsproblematik	119
(3) Die Wettbewerbsstreitigkeit als multilateraler Konflikt	121
d) Schlichtungskompetenz der Mitglieder der Einigungsstelle	123
e) Schlichtungserfolg	125
f) Dauer des Einigungsstellenverfahrens	125
<i>III. Bedeutung der Einigungsstelle als Schlichtungsstelle zwischen Kaufleuten und Verbrauchern</i>	126

### *Siebenter Teil*

<b>Vorschläge zur Änderung des Verfahrens</b>	128
---	-----

### **Anhang**

<i>I. Fragebogen für die Einigungsstellen</i>	131
<i>II. Fragenkatalog für die Vorsitzenden der Einigungsstellen</i>	137
<i>III. Fragebogen für die Aktenauswertung</i>	141
<i>IV. Einigungsämter im Jahre 1933</i>	145
<i>V. Statistik über die Einigungsstellenverfahren in der Bundesrepublik Deutschland von 1974 bis 1983</i>	153
1. Einzelstatistik über Einigungen und Rücknahmen	215
2. Einzelstatistik über Anordnung des persönlichen Erscheinens	219
3. Einzelstatistik über festgesetzte Ordnungsstrafen	222
4. Einzelstatistik über begründete Einigungsvorschläge	225
<i>VI. Literaturverzeichnis</i>	229

## *Erster Teil*

# **Die historische Entwicklung der Stellen zur Schlichtung wettbewerbsrechtlicher Streitigkeiten in der gewerblichen Wirtschaft**

## **I. Die freiwilligen Einigungsämter vor 1932**

Die Einigungsstellen haben sich aus Schiedsstellen entwickelt, die ohne Rechtsgrundlage aus dem Bedürfnis der Kaufmannschaft entstanden waren<sup>1</sup>, dem gerade aufkeimenden freien Wettbewerb Schranken zu setzen. Die Liberalisierung des Wirtschaftslebens im 19. Jahrhundert nach den Grundsätzen der klassischen Nationalökonomie brachte einen grundsätzlichen Wandel; die durch die Zunftverfassungen geförderte ungleiche Machtverteilung der feudalen und merkantilistischen Gesellschaft wurde durch Aufhebung der noch bestehenden öffentlich-rechtlichen Gewerbebeschränkungen beseitigt.<sup>2</sup>

Der dadurch ausgelöste freie Wettbewerb, welcher ein starkes Aufblühen des Wirtschaftslebens nach sich zog, brachte auch Nachteile mit sich, die zuvor durch die strengen Zunftordnungen verhindert worden waren, wie unwahre Anpreisungen, Benutzung fremder Kennzeichen, Ausspionieren von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und andere Tatbestände, denen die Rechtsprechung hilflos gegenüberstand<sup>3</sup>. Gegen diesen „unlauteren Wettbewerb“ bot das staatliche Recht keinen Schutz. Unter dem Einfluß der liberalistischen Gedanken stehend, zeigte sich die Rechtsprechung nicht in der Lage, diese Auswüchse zu unterbinden; so hielt das Reichsgericht im Wettbewerb jedes Mittel für erlaubt, das nicht ausdrücklich untersagt war<sup>4</sup>.

Aus diesem für die Kaufmannschaft unbefriedigenden Zustand heraus bildete sie Schiedsstellen zur „Befriedung“ des Wettbewerbs, die ausschließlich den Zweck hatten, Eigeninteressen der Kaufmannschaft durchzusetzen. Diese hatten ihre erste gesetzliche Grundlage in den gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Preußen im 30. Titel des I. Teils der allgemeinen Gerichtsordnung aufgenomme-

---

<sup>1</sup> Lope, Die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, S. 8.

<sup>2</sup> In Preußen begann die neue Ära mit der Stein — Hardenbergschen Reform von 1810/1811. Aus diesem Wandel folgte 1889 die Reichsgewerbeordnung, die in § 1 den Grundsatz der Gewerbefreiheit postuliert hat.

<sup>3</sup> E. Ulmer, Wandlungen und Aufgaben im Wettbewerbsrecht, GRUR 1937, 770.

<sup>4</sup> RGZ 3, 67.

nen Bestimmungen über Schiedsgerichte, welchen die Aufgabe zugewiesen war, in „Merkantil- oder Meß- und Handlungs- dsgl. in Assekuranzsachen“ tätig zu werden, „um durch beschleunigte Erörterungen und durch Vermittlung hinzugezogener Sachverständiger Handelsstreitigkeiten möglichst in Güte abzumachen“. Die Einigungsämter entstanden also nicht unbedingt aus einem höheren Bedürfnis nach Sittlichkeit im Wettbewerb, sondern aus praktisch — kaufmännischen Erwägungen mit dem Ziel, die von dem klassischen Liberalismus erwartete Harmonie herzustellen, indem sie entgegen dessen Grundsätzen (*Laissez-faire* / *Laissez-aller*) dem Wettbewerbsverhalten der Kaufmannschaft Regeln auferlegten und so bereits vor Kodifizierung eines Wettbewerbsrechts<sup>5</sup> die Prinzipien hierfür schufen. Insofern ist es nicht ganz zutreffend, wenn v. Thenen davon spricht, daß die Einigungsämter den Schwierigkeiten und Unklarheiten bei der Durchführung des Wettbewerbsrechts entsprangen<sup>6</sup>, da es zu dieser Zeit ein Wettbewerbsrecht nicht gab und dieses möglicherweise durch sie erst (mit-)geschaffen worden ist. Man kann vermuten, daß hier ein Beispiel aus der jüngeren Rechtsgeschichte dafür vorliegt, daß ein Gericht, also das Einigungsamt, die Geburtsstätte eines Rechtsgebietes sein kann<sup>7</sup>.

Diese Schiedsstellen waren nicht nur Streitbeilegungsgremien der gewerblichen Wirtschaft, die aus dem Bedürfnis der Kaufmannschaft nach einer Einrichtung entstanden waren, welche die strengen kaufmännischen Auffassungen in einem weniger formalen, kostengünstigeren und schnelleren Verfahren als dem gerichtlichen berücksichtigen konnten<sup>8</sup>, sondern sie dienten als Instrumente zur Durchsetzung und Gewährleistung eines nach den Vorstellungen des „ordentlichen Kaufmanns“ regulierten Wettbewerbs. Sie wurden möglicherweise — genaue Angaben hierüber liegen nicht vor — bereits 1870 in den preußischen Landesstellen des ehemaligen deutschen Reichs bei den Vorläufern der heutigen Industrie- und Handelskammereingerichtet, die aufgrund des § 1 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. 2. 1870<sup>9</sup> ermächtigt worden waren, die Gesamtinteressen der Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirkes wahrzunehmen.

Diese Schiedsgerichte bzw. ihre Nachfolger, die sog. freiwilligen Einigungsämter, nahmen sich nach Einführung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb<sup>10</sup> der Schwierigkeiten und Unklarheiten bei der praktischen Durchführung des Wettbewerbsrechts an. Insbesondere soweit sich das Wettbewerbsrecht auf

---

<sup>5</sup> Vgl. zu den Anfängen des Wettbewerbsrechts in Deutschland: Baumbach / Hefermehl, Wettbewerbsrecht, Rndr. 16 zu UWG Einl.

<sup>6</sup> So v. Thenen, GRUR 1937, 105.

<sup>7</sup> Vgl. Rehinder, Einführung in die Rechtswissenschaft, S. 12.

<sup>8</sup> Wie zuvor.

<sup>9</sup> Gesetzessammlung für die Königlich Preußischen Staaten 1870, 134. Gesetzlich normiert wurden die Kammern erstmals durch die Königliche Verordnung zur Errichtung von Handelskammern vom 11. 2. 1848 — Gesetzessammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1848, S. 63.

<sup>10</sup> Vom 7. 6. 1909, RGBI. 1909, S. 499.

den Einzelhandel bezog, bereitete die Auslegung der unbestimmten Rechtsbegriffe, vor allem der Generalklausel des § 1 UWG<sup>11</sup>, Schwierigkeiten<sup>12</sup>.

Die Einigungsämter waren in ihrer damaligen Form ausschließlich als freiwillige Schiedsgerichte tätig; die Parteien wurden aufgefordert, sich aus freien Stücken der Entscheidung des Einigungsamtes zu unterwerfen<sup>13</sup>. Es ist anzunehmen, daß in der Anfangszeit ein Gruppenzwang in der Weise ausgeübt wurde, daß diejenigen, welche sich nicht dieser Schiedsgerichtsbarkeit unterwarfen, „geächtet“ wurden.

In Berlin bestanden bereits vor dem 1. Weltkrieg „Einigungsämter“<sup>14</sup> bei dem Vorgänger<sup>15</sup> der heutigen Industrie- und Handelskammer zu Berlin. An Bedeutung gewannen die Einigungsämter jedoch erst während der Weimarer Republik; 1927 soll es in Deutschland 50 Einigungsämter gegeben haben<sup>16</sup>, die zumeist bei den Industrie- und Handelskammern angesiedelt waren, teilweise aber auch an Verbände angegliedert waren<sup>17</sup>.

Die Bestrebungen der Kaufmannschaft, repräsentiert durch den Deutschen Industrie- und Handelstag, deren Ergebnis ein Gesetzentwurf vom 4. 10. 1928 war<sup>18</sup>, gingen dahin, die Anrufung der Einigungsämter alternativ zur Klageerhebung vorzusehen und ihnen das Recht zum „Schiedsspruch“ auch ohne das Einverständnis des Gegners und sogar für den Fall seines Ausbleibens zu gewähren; gegen den Schiedsspruch sollte die Berufung an die Kammer für Handelssachen zulässig sein. Der Gesetzentwurf wurde jedoch nicht angenommen.

## **II. Die Einigungsämter nach der Novelle des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb von 1932**

Erst durch die Notverordnung vom 9. 3. 1932<sup>19</sup> wurden die Einigungsämter gesetzlich normiert<sup>20</sup>. Durch die Einfügung des § 27a UWG wurden sie aber

---

<sup>11</sup> Die Vorschrift ist bis heute unverändert geblieben; sie stellt die wichtigste Anspruchsgrundlage des Gesetzes dar.

<sup>12</sup> So v. Thenen, GRUR 1937, 105.

<sup>13</sup> Wie zuvor.

<sup>14</sup> Zumindest seit dem 8. 10. 1910, vgl. Korrespondenz der Ältesten Kaufmannschaft von Berlin 1912, S. 19.

<sup>15</sup> Noch im Jahre 1896 gab es in Berlin keine IHK; an ihrer Stelle fungierten die am 2. 3. 1820 gegründeten „Ältesten der Kaufmannschaft“, vgl. Frentzel-Jäkel-Junge, Kommentar zum IHKG, S. 1.

<sup>16</sup> v. Thenen, GRUR 1937, S. 105; für das Jahr 1933 lassen sich jedoch nur 39 Einigungsämter nachweisen.

<sup>17</sup> Wie z. B. in Berlin, vgl. vorangegangene Fußnote.

<sup>18</sup> Vgl. Verhandlungen des Deutschen Industrie- und Handelstages 1928, Heft 3, S. 59, Heft 12, S. 21 und Heft 13, S. 110.

<sup>19</sup> Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Wirtschaft vom 9. 3. 1932, Zweiter Teil, RGBl. 1932 I, S. 122.